

Gerhard Lehner

# Bundesvoranschlag 1990: Weiterer Abbau des Defizits

**D**er Bundesvoranschlag (BVA) 1990 sieht im *Allgemeinen Haushalt* Ausgaben von 549,0 Mrd S und Einnahmen von 486,1 Mrd S vor<sup>1)</sup>. Der Abgang – das Nettodefizit – beträgt somit 63,0 Mrd S. Im Vergleich zum voraussichtlichen Ergebnis für 1989 sind die Ausgaben um 2% höher veranschlagt, für die Einnahmen wird eine Zuwachsrate von 2,7% angenommen. Sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen steigen daher auch 1990 wieder deutlich schwächer als das nominelle Brutto-Inlandsprodukt (+6%).

Im *Ausgleichshaushalt* sind Ausgaben von 74,0 Mrd S präliminiert, davon 39,0 Mrd S für Tilgungen (einschließlich Swap-Operationen) und 35 Mrd S für die Rückzahlung von Kassenstärkern. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt betragen 137,0 Mrd S, davon stammen 102,0 Mrd S aus der Aufnahme von Finanzschulden und 35,0 Mrd S aus Kassenstärkern. Ein Bruttoabgang wird im Bundeshaushalt nach dem neuen Haushaltsgesetz nicht mehr ausgewiesen. Er läßt sich nur aus dem Abgang im allgemeinen Haushalt zuzüglich der Ausgaben für Tilgungen von Finanzschulden im Ausgleichshaushalt (einschließlich Swap-Operationen) errechnen. Dieser Bruttoabgang beträgt für 1990 102,0 Mrd S (Voranschlag 1989 101,2 Mrd S).

Wie in den Vorjahren ist auch 1990 ein *Konjunkturausgleichshaushalt* vorgesehen, der insgesamt 4,9 Mrd S Ausgaben enthält, wovon 2,8 Mrd S auf die Stabilisierungsquote und 2,1 Mrd S auf die Konjunkturbelebungsquote entfallen.

**Der Bundesvoranschlag 1990 entspricht den Zielsetzungen, die im Arbeitsprogramm der Regierung vorgesehen sind. Die Ausgaben steigen deutlich schwächer als das nominelle BIP. Die Einnahmen werden durch die Steuerreform nicht mehr gedämpft. Der Bundeshaushalt wird leicht restriktiv wirken. Der Voranschlag 1990 ergibt zwar ein positives Bild, doch zeigen Veränderungen in der Ausgabenstruktur, daß mittelfristig der Budgetspielraum wieder enger wird. Ein Vergleich zwischen der mittelfristigen Budgetprognose des Finanzministeriums und dem Ziel der Budgetkonsolidierung ergibt für die nächsten Jahre einen erheblichen Einsparungsbedarf.**

Der Bundeshaushalt 1990 weist wieder einige formale Neuerungen auf, die den unmittelbaren Vorjahresvergleich von Ausgaben und Einnahmen erschweren. Aufgrund einer Novelle zum Bundeshaushaltsgesetz werden nunmehr Einnahmen und Ausgaben aus Währungstauschverträgen (Swap-Operationen) brutto darge-

stellt. Diese Währungstauschverträge sollen dazu dienen, den Finanzschuldenaufwand längerfristig zu dämpfen. Die Ausgaben und Einnahmen des Allgemeinen Haushalts erhöhen sich dadurch im Voranschlag 1990 um jeweils 6,7 Mrd S. Den Ausgleichshaushalt betreffen die Währungstauschverträge mit jeweils 5,8 Mrd S. Die Salden ändern sich durch diese (neue) Bruttodarstellung der Swap-Operationen nicht. Die neuen Bestimmungen des Bundeshaushaltsgesetzes gelten bereits auch für 1989. Dadurch wird das voraussichtliche Ergebnis des Allgemeinen Haushalts 1989 sowohl bei den Einnahmen als auch den Ausgaben mit jeweils 5,1 Mrd S betroffen sein.

Der Bundesminister für Finanzen hat aufgrund des Bundeshaushaltsgesetzes dem Parlament im Juni eine *mittelfristige Budgetprognose* für den Zeitraum 1989 bis 1992 vorgelegt. Ein Vergleich dieser Prognose mit dem Voranschlag läßt einerseits den Einfluß der Konjunktur und andererseits

Der Bundesvoranschlag 1990

Übersicht 1

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundesvoranschlag	1989/90 Veränderung in %
<b>Allgemeiner Haushalt</b>				
Ausgaben	517,8	538,2	549,0	+ 2,0
Einnahmen	451,3	473,1	486,1	+ 2,7
Saldo	- 66,5	- 65,1	- 63,0	- 3,2
<b>Ausgleichshaushalt</b>				
Ausgaben	51,1	52,7	74,0	+40,4
Einnahmen	117,6	117,8	137,0	+16,3
Saldo	+ 66,5	+ 65,1	+ 63,0	- 3,2
Inlandwirksamer Saldo	- 44,3	- 48,0	- 39,3	-18,1

<sup>1)</sup> Dieser Artikel stützt sich auf die Regierungsvorlage. Änderungen in den parlamentarischen Beratungen konnten aus zeitlichen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.

**Bundevoranschlag und Budgetprognose** *Übersicht 2*

	Budgetprognose	1990 Bundesvoranschlag Mrd S	Differenz
Ausgaben <sup>1)</sup>	539,9	549,0	+ 9,1
Einnahmen <sup>1)</sup>	460,2	486,1	+ 25,9
Nettodefizit	79,7	63,0	- 16,7

<sup>1)</sup> Allgemeiner Haushalt

Dadurch ergibt sich bei den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ein Mehraufkommen von insgesamt fast 7 Mrd S. Neben diesen konjunkturbedingten Mehreinnahmen sind im Voranschlag mehr als 8 Mrd S Einnahmen aus Rücklagenentnahmen enthalten, die in der Prognose ebenfalls noch nicht berücksichtigt waren. Die restlichen zusätzlichen Einnahmen verteilen sich auf verschiedene andere Posten.

Pensionsversicherung notwendig als ursprünglich geplant.

Die Steuereinnahmen für 1989 erweisen sich trotz der erheblichen Unsicherheiten, die mit der Steuerreform verknüpft sind, als sehr zutreffend geschätzt. Sie werden insgesamt den Voranschlag leicht übersteigen. Die Abweichung zum Voranschlag wird weniger als 1% betragen. Aufgrund der günstigen Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen wird die vorgesehene Entnahme von 5 Mrd S aus der Ausgleichsrücklage 1989 nicht erforderlich sein.

**Straffer Budgetvollzug 1989**

Der Voranschlag 1990 ist gegen den Hintergrund des Budgetvollzugs 1989 zu beurteilen. Die präliminierten Ausgaben werden nach den jüngsten Schätzungen im laufenden Jahr<sup>2)</sup> um etwa 1,6 Mrd S überschritten (das entspricht einer Abweichung vom Voranschlag um nur 0,3%). Der Budgetvollzug erfolgt, wie in den Vorjahren, sehr straff. Die Einnahmen werden im Vergleich zum Voranschlag um etwa 2,7 Mrd S höher sein. Der veranschlagte Nettoabgang wird dadurch im laufenden Jahr um rund 1 Mrd S unterschritten werden können.

Der *inlandswirksame* Abgang wird im laufenden Jahr im Vollzug wahrscheinlich stärker verringert als das Nettodefizit, weil ein Teil der zusätzlichen Ausgaben nicht nachfragewirksam ist (Rücklagenzuführungen), wogegen die nachfragewirksamen Einnahmen stärker zunehmen als die gesamten Einnahmen. Der Bund wird 1989 das Produktionspotential der österreichischen Wirtschaft schwächer beanspruchen als in den Vorjahren (28,4%, 1988 28,7%). Gleichzeitig verringern sich wegen der Steuerreform jedoch auch die Entzugseffekte der nachfragewirksamen Einnahmen. Ihr Anteil am Produktionspotential geht auf 25,6% zurück (1988 26,0%). Die Verringerung des inlandswirksamen Defizits wird 1989 voraussichtlich vor allem der zurückhaltenden Ausgabenentwicklung zu danken sein.

**Abweichungen zwischen Budgetprognose und Voranschlag**

Defizit um rund 17 Mrd S verringert werden, um das Konsolidierungsziel zu erreichen.

Ein Vergleich der Ausgaben und Einnahmen der Budgetprognose mit jenen des Voranschlags für 1990 zeigt, daß das geringere Defizit im Voranschlag ausschließlich höheren Einnahmen zu danken ist. Läßt man die Einnahmen und Ausgaben aus den Swap-Operationen im Bundesvoranschlag unberücksichtigt, weil sie in der Budgetprognose noch nicht enthalten waren, dann liegen die veranschlagten Ausgaben für 1990 um 2,4 Mrd S über der Prognose, die Einnahmen sind hingegen um 19,2 Mrd S höher, wodurch sich die Reduzierung des Defizits um 16,8 Mrd S ergibt.

Die höheren Einnahmen lassen sich vor allem auf zwei Faktoren zurückführen. Die wirtschaftliche Entwicklung wird nach den jüngsten Prognosen, die dem Voranschlag zugrunde liegen, deutlich günstiger verlaufen, als noch im Frühjahr bei Erstellung der mittelfristigen Budgetprognose angenommen werden konnte.

**Der Budgetvollzug erfolgt, wie in den Vorjahren, sehr straff. Der veranschlagte Nettoabgang wird dadurch im laufenden Jahr um rund 1 Mrd. S unterschritten werden können.**

**Budgetkonsolidierung wird fortgesetzt**

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft 1989 deutlich günstiger, als bei Erstellung des Voranschlags prognostiziert wurde. Das gilt sowohl für die Wachstumsrate des BIP als auch für die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Dem Voranschlag 1989 lag eine nominelle Wachstumsrate von 4,8% zugrunde, jetzt wird für das laufende Jahr eine Steigerungsrate des nominalen BIP von 6,7% erwartet. Auf dem Arbeitsmarkt wurde ursprünglich mit einer Zunahme der Beschäftigung um 0,5% gerechnet, nach der neuesten Prognose wird für 1989 hingegen ein Anstieg um 1,6% erwartet. Deshalb sind erheblich weniger Zuschüsse zur

Im *Arbeitsübereinkommen* der Regierungsparteien ist für 1990 ein Abbau des *Nettodefizits* auf 3,5% des BIP vorgesehen. Der Voranschlag 1990 entspricht mit einem Abgang von 63,0 Mrd S diesem Ziel. Die Konsolidierung wird zwar durch die günstige wirtschaftliche Lage erleichtert, doch zeigt die Ausgabenentwicklung auch den Einfluß diskretionärer Maßnahmen. Die nominelle Wachstumsrate des BIP wird mit 6% um etwa 1 Prozentpunkt höher sein als dem Konsolidierungsprogramm zugrunde liegt. Die günstige Konjunkturlage macht sich sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben im sozialen

<sup>2)</sup> Die in dieser Untersuchung verwendeten Schätzungen der voraussichtlichen Ausgaben und Einnahmen für 1989 beruhen auf dem Informationsstand von Ende September 1989. Sie berücksichtigen nicht die zusätzlichen Ausgaben und Einnahmen aus den Währungstauschverträgen von jeweils 5,1 Mrd S, weil diese das Bild verzerren.

**Komponenten des Budgetsaldos**

Übersicht 3

	1987 Erfolg	1988 Erfolg	1989 Schätzung	1990 Bundes- voranschlag
	Mrd S			
Saldo laufender Transaktionen	-49,9	-38,2	-48,2	-38,8
Investitionen	-24,5	-25,4	-26,0	-26,3
BIP-relevanter Saldo	-74,4	-63,6	-74,2	-65,1
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	+ 4,6	- 2,9	+ 9,1	+ 2,1
Saldo allgemeiner Haushalt	-69,8	-66,5	-65,1	-63,0

Bereich (Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung) bemerkbar

Der Abbau des Defizits geht jedoch sowohl auf die Zurückhaltung bei den Ausgaben als auch auf den Wegfall der unmittelbaren Einnahmehäufungen aus der Steuerreform zurück. Der Bund wird auch 1990 seine Ausgaben mit +2% deutlich schwächer ausweiten, als das BIP zunimmt. Damit setzt sich im Bundesvoranschlag 1990 die Tendenz der letzten Jahre fort. Läßt man die verschiedenen formalen Umstellungen unberücksichtigt, dann sind die Ausgaben des Bundes zwischen 1987 und 1990 im Jahresdurchschnitt mit +3% nur halb so stark gestiegen wie das nominelle Brutto-Inlandsprodukt. Zwischen 1980 und 1986 wurden die Ausgaben des Bundes hingegen noch deutlich stärker als das BIP ausgeweitet.

**Die Ausgaben des Bundes steigen 1990 mit rund +3% nur halb so stark wie das nominelle Brutto-Inlandsprodukt.**

Im Gegensatz zu den Vorjahren werden die Vermögensveräußerungen 1990 nur einen geringen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten. Der BIP-relevante Teil des Nettodefizits sinkt 1990 kräftig auf 65,1 Mrd S (1989 74,2 Mrd S). Die Vermögens-transaktionen werden 1990 rund 2 Mrd. S zum Abbau des Defizits beitragen, gegenüber 9 Mrd. S im Jahr 1989. Der Bundeshaushalt wird daher 1990 leicht restriktiv wirken. Diese Effekte sind mit der guten Konjunktur durchaus vereinbar.

Der Bund wird das Produktionspotential der österreichischen Wirtschaft 1990 deutlich weniger beanspruchen als in den vorangegangenen Jahren. Die Quote sinkt auf 27,6% (1988 28,4%), das ist der geringste Wert seit Anfang der achtziger Jahre.

Gleichzeitig gehen auch die Entzugseffekte der inlandswirksamen Einnahmen zurück. Der Anteil der inlands-wirksamen Einnahmen am Produktionspotential sinkt auf 25,4% (1989 25,6%). Die schwächere Nachfrage des Bundes wird aber durch die private Nachfrage kompensiert. Die Kapazitätsauslastung der österreichischen Wirtschaft wird 1990 mit 98,2% des Produktionspotentials weiterhin sehr hoch bleiben und über dem langjährigen Durchschnitt liegen.

**Strukturelle Probleme im Bundeshaushalt**

Trotz der Erfolge in der Budgetkonsolidierung – im Abbau des Defizits – warten mittelfristig noch erhebliche Probleme im Bundeshaushalt. Das zeigt eine Aufgliederung der Ausgaben sowohl nach funktionellen als auch nach ökonomischen Kriterien. Die Gliederung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen ergibt, daß die Ausgaben im Bereich „übrige Hoheitsverwaltung“ überproportional zunehmen; das gilt selbst dann, wenn

für 1990 die Ausgaben für Zinsen aus den Währungstauschverträgen unberücksichtigt bleiben. Die Budgetkonsolidierung hat diesen Aufgabenbereich, zu dem auch die Finanzschulzinsen gehören, noch nicht spürbar erfaßt.

Im Voranschlag 1990 kann die kräftige Zunahme der Ausgaben für die Hoheitsverwaltung zwar durch die schwächere Ausweitung der Sozialausgaben und der Aufwendungen im Bereich „Industrie und Gewerbe“ kompensiert werden, doch handelt es sich hier um kurzfristige Einflüsse. Die schwächeren Ausgaben im sozialen Bereich sind konjunkturbedingt, im Bereich Industrie und Gewerbe gehen sie auf schwächere Ausgaben an die ÖIAG zurück. Schon 1991 werden jedoch für die ÖIAG wieder höhere Aufwendungen erforderlich sein. Für die künftige Entwicklung scheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß Bereiche, die sich in den letzten Jahren unterproportional entwickelten (etwa Straßen, Sicherheit), nunmehr offenbar eine Untergrenze erreicht haben und dort nur noch geringer Spielraum für Einsparungen besteht. Es ist ferner damit zu rechnen, daß „Forschung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ längerfristig an Bedeutung gewinnen (müssen). Die funktionale Gliederung läßt daher erkennen, daß der künftige Spielraum für Zukunftsausgaben im Bundeshaushalt sehr gering sein wird, wenn es nicht gelingt, die steigenden Anteile der Hoheitsverwaltung zu bremsen.

**Ausgaben nach Aufgabenbereichen**

Übersicht 4

	1983 Erfolg	1984 Erfolg	1985 Erfolg	1986 Erfolg	1987 Erfolg	1988 Erfolg	1989 Schätzung	1990 Bundes- vor- anschlag
	In % der Gesamtausgaben							
Erziehung und Unterricht	9,3	9,3	9,2	9,1	9,2	8,5	8,5	8,6
Forschung und Wissenschaft	3,2	3,3	3,3	3,7	3,6	3,5	3,6	3,6
Kunst	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	1,0
Kultus	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Gesundheit	0,8	0,9	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Soziale Wohlfahrt	26,9	25,9	25,2	24,9	26,2	25,3	25,2	24,3
Wohnungsbau	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	3,2	3,1	3,3
Straßen	4,3	4,2	3,7	3,6	3,3	2,9	2,8	2,8
Sonstiger Verkehr	21,1	21,0	20,7	21,0	19,6	18,8	18,9	18,5
Land- und Forstwirtschaft	2,9	2,9	2,9	2,9	3,1	2,8	2,8	2,8
Energiewirtschaft	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Industrie und Gewerbe	2,2	2,3	2,7	3,2	3,2	4,0	3,8	2,8
Öffentliche Dienstleistungen	1,8	2,0	1,8	1,4	1,1	1,0	1,0	1,0
Private Dienstleistungen	0,8	0,7	0,8	0,9	0,8	0,8	0,9	1,0
Landesverteidigung	4,1	3,9	4,0	4,0	3,6	3,3	3,5	3,4
Staats- und Rechtssicherheit	3,5	3,4	3,4	3,3	3,2	3,0	3,1	3,1
Übrige Hoheitsverwaltung <sup>1)</sup>	17,4	18,6	19,7	19,6	20,8	21,0	20,9	22,8
Insgesamt <sup>1)</sup>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> Ohne Schuldentilgungen

**Ausgaben in ökonomischer Gliederung**

Übersicht 5

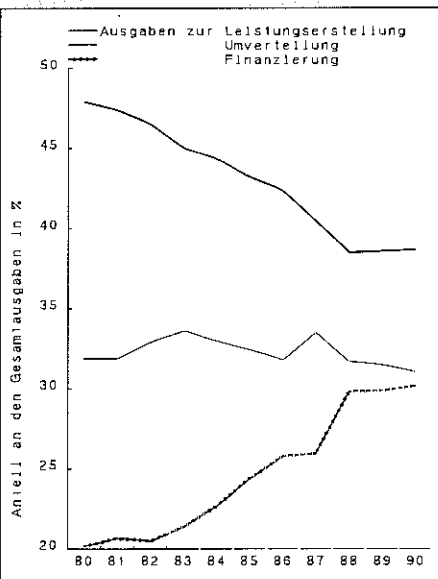
	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundesvoranschlag	1989/90 Veränderung in %
Ausgaben zur				
Erstellung von Leistungen	199,3	207,9	212,9	+2,4
Umverteilung	164,0	169,4	170,4	+0,6
Finanzierung	154,5	180,9	165,7	+3,0
Insgesamt	517,8	538,2	549,0	+2,0

Die Probleme des engen Budgetspielraums zeigen sich auch in der Gliederung der Ausgaben nach ökonomischen Kriterien in die Bereiche „Erstellung von öffentlichen Leistungen“, „Umverteilung“ und „Finanzierung“.

**Verlagerungen in der Ausgabenstruktur lassen mittelfristig Probleme im Bundeshaushalt erkennen.**

Die Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen haben langfristig stark an Bedeutung verloren. Anfang der achtziger Jahre entfielen auf diese Aufgaben noch mehr als 45% des gesamten Budgetvolumens, jetzt sind es nur noch knapp 39%. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, daß der Rückgang zum Stillstand gekommen ist. 1990 wird der Anteil der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen mit 38,8% etwa auf dem Niveau des Jahres 1988

**Ausgabenstruktur** Abbildung 1



Die Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts läßt eine deutliche Verlagerung von den Ausgaben zur Erstellung öffentlicher Leistungen zu den Finanzierungsausgaben erkennen. In den letzten Jahren ist diese Umschichtung jedoch zum Stillstand gekommen.

bleiben. Die Konsolidierung des Budgets kann nicht ausschließlich von diesen Ausgaben getragen werden, weil man offenbar allmählich an Untergrenzen stößt. Die Ausgaben für die Umverteilung lassen längerfristig keine eindeutige Tendenz erkennen. Ihr Anteil schwankt zwischen 31% und 34% des Budgetvolumens. Er ist stark konjunkturabhängig. Die Ausgaben für die Finanzierung nehmen langfristig stark zu. Ihr Anteil ist von 20% Anfang der achtziger Jahre auf rund 30% im Voranschlag 1990 gestiegen. Zu diesem Anstieg hat nicht nur der Finanzschuldenaufwand beigetragen, sondern es spiegeln sich auch die Verlagerung zu außerbudgetären Finanzierungen sowie die vielfältigen Finanzierungsleistungen des Bundes an andere öffentliche Rechtsträger und die private Wirtschaft. Mittelfristig wird bei den Finanzierungsausgaben wahrscheinlich der größte Konsolidierungsbedarf des Bundes liegen.

Für die Erstellung öffentlicher Leistungen sind 1990 212,9 Mrd S präliminiert, das ist um 2,4% mehr als der Bund 1989 für diese Aufgaben ausgibt. Die Zuwachsraten zeigen, daß 1990 mit einer weiteren realen Einschränkung der öffentlichen Leistungen zu rechnen sein wird. Die Transfers sind 1990 mit 170,4 Mrd S veranschlagt, um 0,6% mehr als heuer. Unter Berücksichtigung der Verbraucherpreissteigerung werden daher auch die Transfers real eingeschränkt. Die Finanzierungsausgaben erfordern im nächsten Jahr 165,7 Mrd S, das ist eine Zunahme um 3%.

**Schwache Investitionen**

Der Bund beabsichtigt 1990 für direkte Aufträge an die Wirtschaft 80,6 Mrd S auszugeben, um 2,8% mehr als 1989. Damit wird er auch im nächsten Jahr seine Aufträge real nicht ausweiten können. Von diesen Ausgaben entfallen 26,3 Mrd S auf In-

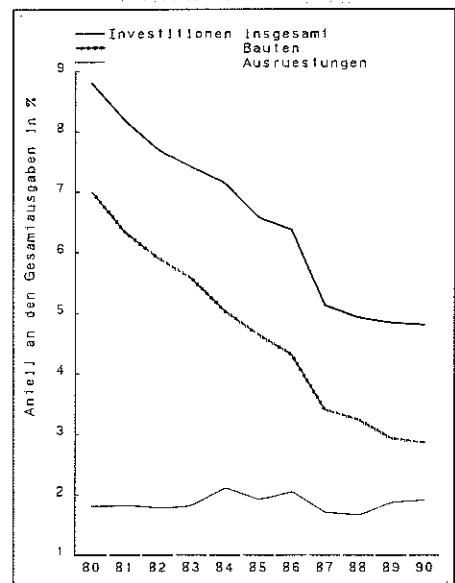
vestitionen und 54,3 Mrd S auf laufende Käufe von Gütern und Leistungen. Die Investitionen nehmen mit 1,2% weiter schwächer zu als die Ausgaben für die laufenden Käufe. Die längerfristige Tendenz zu den Folgeausgaben hält somit auch im nächsten Jahr weiter an.

**Der Anteil der Investitionen am gesamten Budgetvolumen geht 1990 weiter zurück und liegt bei 4,8%.**

Der Anteil der Investitionen am gesamten Budgetvolumen geht 1990 weiter zurück und liegt bei 4,8%. Mitte der siebziger Jahre war dieser Anteil noch doppelt so hoch. Allerdings ist dieser Rückgang nicht erst seit kurzem erfolgt, sondern eine längerfristige Tendenz. Im Gegenteil: in den letzten Jahren hat sich der Rückgang sogar deutlich abgeschwächt. Offenbar nähert man sich auch hier einer Untergrenze. Allerdings werden immer mehr öffentliche Investitionen, die früher aus dem Budget gedeckt wurden, nunmehr außerbudgetär finanziert.

Die Investitionen des Bundes verschieben sich deutlich von den Bauten zu den Ausrüstungen. Dennoch entfallen noch rund 60% der gesamten Investitionsausgaben auf Bauten. Sie sind 1990 mit 15,7 Mrd S veranschlagt, das ist um 0,6% weniger als 1989. Innerhalb der Ausgaben für Bauten werden erstmals seit längerer

**Investitionsquoten** Abbildung 2



Der Bund hat bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre seine Investitionen eingeschränkt. Seit 1987 hat sich der Rückgang deutlich verlangsamt.

**Ausgaben für Aufträge**

**Übersicht 6**

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd. S	1990 Bundesvoranschlag	1989/90 Veränderung in %
Investitionen	25,4	26,0	26,3	+1,2
Bauten	16,8	15,8	15,7	-0,6
Ausrüstungen	8,6	10,2	10,6	+3,9
Laufender Sachaufwand	50,0	52,4	54,3	+3,6
Insgesamt	75,4	78,4	80,6	+2,8

Zeit die Ausgaben für Straßen wieder stärker ausgeweitet. Für Investitionen in Straßen sind 3,8 Mrd S vorgesehen, um 11,8% mehr als 1989. Trotz dieser Zunahme darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Ausgaben für Straßenbauten 1990 nur halb so hoch sind wie noch vor 10 Jahren. Die Ausgaben für Hochbauten stagnieren bei 5,8 Mrd S. Die Aufwendungen für Sonderanlagen, vor allem bei Bahn und Post, werden 1990 stark eingeschränkt. Für sie sind 6 Mrd. S vorgesehen (1989 6,7 Mrd S).

Für Ausrüstungen beabsichtigt der Bund nächstes Jahr 10,6 Mrd S auszugeben, um 3,9% mehr als 1989. Damit dürfte auch eine leichte reale Ausweitung möglich sein. Innerhalb der Ausrüstungen zeigt sich eine deutliche Verlagerung zu Maschinen und Büroausstattung, insbesondere EDV-Geräten. Der Kauf von Fahrzeugen wird hingegen (weiter) eingeschränkt. Vor allem die ÖBB werden im nächsten Jahr ihre Käufe von (Schienen-)Fahrzeugen verringern und offenbar ihre Investitionsschwerpunkte anders setzen.

Die Ausgaben für Bauleistungen (neben den Investitionen zählen dazu auch die baulichen Instandhaltungen und die Ausgaben für Bauten der Landesverteidigung) sind 1990 insgesamt mit 22,4 Mrd. S veranschlagt, etwa

gleich viel wie 1989 und sogar weniger als 1988. Der Bund stützt daher im nächsten Jahr die gesamte Nachfrage nach Bauleistungen nicht.

**Transfers stagnieren**

Die Ausgaben des Bundes, die unmittelbar an private Haushalte fließen, sind für 1990 mit insgesamt 301,7 Mrd S veranschlagt, um 1,3% mehr als 1989. Unter Berücksichtigung der Verbraucherpreissteigerungen ergeben sich somit reale Einbu-

**Der Bundeshaushalt dämpft den Zuwachs der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar.**

ßen. Da gleichzeitig die Progressionswirkung der Lohn- und Einkommensteuer im nächsten Jahr wieder stärker wird, dämpft der Bundeshaushalt den Zuwachs der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 1990 spürbar.

Der Personalaufwand für die aktiven Bediensteten (einschließlich der Überweisungen für die Bezüge der Landeslehrer und die personalaufwandsähnlichen Zahlungen) erfordert 1990 insgesamt 131,3 Mrd S, um 2,3% mehr als 1989. Die allgemeine Gehaltserhöhung für die öffentlich Be-

diensteten wurde schon Ende 1988 per 1. Jänner 1990 mit 2,9% vereinbart. Angesichts bedeutend höherer Abschlüsse in der laufenden Lohnrunde der Privatwirtschaft haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes allerdings Nachforderungen erhoben. Selbst der veranschlagte Personalaufwand kann im Vollzug aber nur dann eingehalten werden, wenn die geplante Senkung der Dienstposten um 0,4% verwirklicht wird und bei sonstigen Nebengebühren Einsparungen möglich sind.

Die Ausgaben für die Nebengebühren sind mit 11,85 Mrd. S präliminiert, um 2,8% mehr als 1989. Die personalaufwandsähnlichen Zahlungen sind mit 8,3 Mrd. S um 3,8% höher veranschlagt als 1989. Besonders die Aufwendungen für Personen, die nicht in einem Dienstverhältnis zum Bund stehen, nehmen stark zu. Die Überweisungen für die Kosten der Pflichtschullehrer an die Länder erfordern 23,0 Mrd S, das ist um etwa 5% mehr als ein Jahr zuvor. Trotz spürbar sinkender Schülerzahlen bleibt die Zahl der Lehrer an Pflichtschulen weitgehend unverändert.

Für Transfers sind im Voranschlag 1990 170,4 Mrd S vorgesehen, um 0,6% mehr als 1989. Diese Stagnation ist teils auf die gute Konjunktur zurückzuführen, teils auch durch demographische Faktoren bedingt. Die einzelnen Komponenten der Transfers entwickeln sich unterschiedlich. Die Ausgaben für die Pensionen der Bundesbediensteten und der Landeslehrer erfordern 51,0 Mrd. S (+5%). Diese Zuwachsrate spiegelt nicht nur die Erhöhung der Pro-Kopf-Pensionen, sondern sie zeigt auch, daß die Zahl der im Ruhestand befindlichen Beamten weiter spürbar zunimmt. Im Gegensatz zu früher dürften jetzt viel mehr Beamte bereits vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten.

Der Bundesbeitrag an die Pensionsversicherungen ist 1990 mit 55,5 Mrd S veranschlagt. Er ist damit geringer als 1989 und liegt etwa auf dem Niveau von 1988. Diese Entwicklung hat zwei Ursachen. Zum einen steigen aufgrund der günstigen Beschäftigungslage die Beitragseinnahmen kräftig. Zum anderen werden 4,9 Mrd S aus dem Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz an den Ausgleichsfonds der

**Investitionen**

**Übersicht 7**

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd. S	1990 Bundesvoranschlag	1989/90 Veränderung in %
Bauten				
Straßen	3,7	3,4	3,8	+11,8
Hochbauten	5,7	5,7	5,8	+1,8
Sonderanlagen	7,4	6,7	6,1	-9,0
Bauten insgesamt	16,8	15,8	15,7	-0,6
Ausrüstungen				
Maschinen	1,3	1,7	1,8	+5,9
Fahrzeuge	2,6	2,5	2,1	-16,0
Sonstige	4,7	6,0	6,7	+11,7
Ausrüstungen insgesamt	8,6	10,2	10,6	+3,9
Insgesamt	25,4	26,0	26,3	+1,2

**Ausgaben an private Haushalte**

**Übersicht 8**

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundes- voranschlag	1989/90 Veränderung In %
Personalaufwand (Aktive) <sup>1)</sup>	122,6	128,4	131,3	+2,3
Transfers an private Haushalte	164,0	169,4	170,4	+0,6
<b>Insgesamt</b>	<b>286,6</b>	<b>297,8</b>	<b>301,7</b>	<b>+1,3</b>
<i>In % des persönlichen Bruttoeinkommens</i>	<i>19,5</i>	<i>19,1</i>	<i>18,3</i>	

<sup>1)</sup> Einschließlich Landeslehrer und personalaufwandsähnliche Ausgaben im Sachaufwand

Pensionsversicherungsträger überwiesen. Die geringeren Bundeszuschüsse ergeben sich daher bei den Pensionsversicherungen nach dem ASVG, wogegen die Pensionsversicherungsträger der Selbständigen auch 1990 höhere Bundeszuschüsse benötigen. Mehr Mittel werden auch die Ausgleichszulagen erfordern. Sie sind mit 7,1 Mrd S präliminiert (gegenüber 6,4 Mrd S 1989).

Die Ausgaben für die *Arbeitslosenversicherung* erfordern 16,1 Mrd S, um etwa 4% weniger als 1989. Für das nächste Jahr werden im Durchschnitt um etwa 5.000 Arbeitslose weniger erwartet als heuer. Nur die Ausgaben für das Karenzurlaubsgeld sind 1990 etwa gleich hoch wie in den Vorjahren. Zu den Aufwendungen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung können auch die Zahlungen aufgrund des Sonderunterstützungsgesetzes und die Transfers an private Haushalte im Rahmen der Arbeitsmarktförderung gerechnet werden. Insgesamt sind für diese Transfers 1990 4,25 Mill S vorgesehen, deutlich weniger als 1989 (4,5 Mill S).

Die Ausgaben für die Familien- und Geburtenbeihilfen, die mit 30,8 Mrd S um etwa 0,6% weniger erfordern als 1989, werden durch die demographische Entwicklung – die sinkende Kinderzahl – gedämpft. Die geringere Zahl der Anspruchsberechtigten wirkt sich auch in den Ausgaben für die Kriegsopferversorgung

aus. Sie erfordert seit einigen Jahren unverändert rund 6 Mrd S. Die höheren Leistungen pro Kopf werden dort durch die sinkende Zahl der Anspruchsberechtigten kompensiert.

**Finanzierungsausgaben nehmen weiter zu**

Die größte Komponente der Finanzierungsausgaben bilden die Zinsen und sonstigen Ausgaben für den *Finanzschuldenaufwand*. Sie erfordern insgesamt 67,9 Mrd S, davon entfallen 66,2 Mrd S auf die Zinsen und 1,7 Mrd S auf den sonstigen Finanzschuldenaufwand (Emissionskosten, Disagio usw.). Bereinigt man die Ausgaben für Zinsen um die Aufwendungen aus den Währungstauschverträgen, dann ist für 1990 eine Zunahme der Zinsaufwendungen um etwa 10% präliminiert. Damit nimmt der Zinsaufwand im nächsten Jahr wieder stärker zu als in den letzten Jahren, und die Quote der Zinsen am Bruttoinlandsprodukt steigt wieder leicht auf 3,4% (1989 und 1988 jeweils 3,3%). Diese Zunahme der Zinszahlungen geht nicht nur auf die steigende Finanzschuld zurück (Mengeneffekt), sondern es macht sich auch das steigende Zinsniveau bemerkbar. Die Zinsen für die Inlandschuld steigen etwas stärker als jene für die Auslandsschuld.

Neben dem Finanzschuldenaufwand hat der Bund auch aufgrund von

*Haftungsübernahmen* Zinsen und Tilgungen für Kredite zu zahlen, die von anderen Kreditnehmern aufgenommen wurden. Diese Zahlungen erfordern 1990 7,8 Mrd S, deutlich weniger als in den Vorjahren (1989 9,3 Mrd S, 1988 8,3 Mrd S). Sowohl die ÖIAG als auch die ASFINAG benötigen weniger Mittel als heuer. Mittelfristige Vorschauen zeigen jedoch, daß es sich hier nur um eine kurzfristige Erleichterung handeln dürfte. Neben diesen Zahlungen aus Kreditaufnahmen hat der Bund auch den beiden verstaatlichten Banken 1,1 Mrd S zur Abdeckung früherer Verluste aus Beteiligungen und Kreditengagements zu überweisen (1989 1,1 Mrd S). Für Exporthaftungen sind 1990 6,9 Mrd S vorgesehen (1989 9,2 Mrd S). Diese Ausgaben werden jedoch größtenteils aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert und berühren daher den Budgetsaldo nicht. Un-

**Der Finanzschuldenaufwand nimmt im nächsten Jahr wieder etwas stärker zu als in den letzten Jahren.**

berücksichtigt sind allfällige Ausgaben im Rahmen des geplanten Ost-West-Fonds.

Eine wichtige Komponente der Finanzierungsausgaben sind die *Transfers an andere öffentliche Rechtsträger*. Sie erfordern 45,6 Mrd S, annähernd gleich viel wie 1989. Zwar werden die Überweisungen an die Länder für die Wohnbauförderung wegen der steigenden Steuereinnahmen kräftig zunehmen (+11,5%), die geringeren Überweisungen im Zusammenhang mit dem Technologiefonds (1,0 Mrd S gegenüber 3,0 Mrd S 1989) und an die ÖBB (6,4 Mrd S gegenüber 6,6 Mrd S 1989) dämpfen diese Transfers aber erheblich. Bei den übrigen Überweisungen an die öffentlichen Rechtsträger zeigt sich ebenfalls eine Stagnation.

Kräftig ausgeweitet werden im Vergleich zu den Vorjahren die Ausgaben für *Beteiligungen*. Im nächsten Jahr sind 2,4 Mrd S vorgesehen, um 0,5 Mrd S mehr als 1989. Der Bund führt den verstaatlichten Banken im nächsten Jahr wieder mehr Mittel zu. Erstmals seit 1987 werden damit die Ausgaben für Kapitalaufstockungen wieder höher sein als die Veräußerungserlöse.

Die *Wirtschaftsförderung* entwik-

**Transferausgaben**

**Übersicht 9**

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundes- voranschlag	1989/90 Veränderung In %
Pensionen (einschließlich Landeslehrer)	45,9	48,6	51,0	+ 4,9
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	55,5	57,0	55,5	- 2,6
Familienbeihilfen	31,3	31,0	30,8	- 0,6
Arbeitslosenunterstützung <sup>1)</sup>	15,7	16,8	16,1	- 4,2
Kriegsopferversorgung	6,0	6,0	6,0	± 0,0
Sonstige	9,6	10,0	11,0	+10,0
<b>Insgesamt</b>	<b>164,0</b>	<b>169,4</b>	<b>170,4</b>	<b>+ 0,6</b>

<sup>1)</sup> Einschließlich Karenzurlaubsgeld

**Ausgaben für Finanzierung**

Übersicht 10

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundes- voranschlag	1989/90 Veränderung in %
Finanzschuldenaufwand <sup>1)</sup>	51,8	60,6	67,9	+12,0
Transfers an andere Träger öffentlichen Rechtes				
Wohnbauförderung	15,7	15,6	17,4	+11,5
Technologiefonds	7,2	3,0	1,0	-66,7
Sonstige	25,5	26,8	27,2	+1,5
Investitionsförderung	16,3	15,5	15,8	+1,9
Beteiligungen Darlehen	2,4	2,9	3,5	+20,7
Transfers an Unternehmungen <sup>2)</sup>	24,9	30,2	27,6	-8,6
Sonstige	10,7	6,3	5,3	-15,9
Insgesamt	154,5	160,9	165,7	+3,0

<sup>1)</sup> Ohne Tilgungen — <sup>2)</sup> Einschließlich Haftungen

kelt sich recht unterschiedlich. Die Ausgaben für die Land- und Forstwirtschaft nehmen im Vergleich zu 1989 zwar zu, doch sind die höheren Aufwendungen im Rahmen der marktorientierten Maßnahmen durch die höheren zweckgebundenen Einnahmen aus dem Absatzförderungsbeitrag für Milch bedingt. Insgesamt sind für diese marktorientierten Maßnahmen 1990 8,2 Mrd S vorgesehen (1989 8,0 Mrd S). Die höheren Ausgaben beeinflussen aber den Budgetabgang nicht, weil sie aus den zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Von den übrigen Ausgaben an die Land- und Forstwirtschaft werden Mittel für die Bergbauernzuschüsse aufgestockt (1990 0,82 Mrd S, 1989 0,77 Mrd S), die Zinszuschüsse für Agrarinvestitionskredite stagnieren auf 0,57 Mrd S.

Die Zuschüsse für den Fremdenverkehr und den industriell-gewerblichen Sektor werden insgesamt auch 1990 weiter reduziert. Zwar sind für den Fremdenverkehr wie 1989 0,46 Mrd S vorgesehen. Im industriell-gewerblichen Bereich stehen weniger Mittel für Stützungen nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz und für die Finanzierungsgarantiegesellschaft zu Verfügung. Die Mittel für die Top-Aktion bleiben unverändert, hingegen werden für die Umrüstung auf umweltfreundliche Lkw erstmals 50 Mill S zur Verfügung gestellt. Die Wirtschaftsförderung im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung stagniert 1990 ebenfalls. Für sie sind 1,9 Mrd S vorgesehen (1989 1,9 Mrd S).

Die Gesamteinnahmen des Bundes sind 1990 mit 486,1 Mrd S veranschlagt (+2,7%). Die Einnahmenstruktur verschiebt sich nur geringfügig. Längerfristig verlieren die Betriebseinnahmen an Bedeutung. Die

sonstigen Einnahmen nehmen hingegen überproportional zu. Die Steuern sind mit großem Abstand die wichtigste Finanzierungsquelle des Bundes. Sie erbringen rund 55% der Gesamteinnahmen.

**Steuereinnahmen steigen kräftig**

Das *Bruttoaufkommen an Steuern* wird für 1990 mit 415,8 Mrd S veranschlagt (+7,8%). Im laufenden Jahr hat sich die Steuerschätzung trotz der großen Unsicherheiten wegen der Steuerreform als sehr zutreffend erwiesen. Insgesamt wird das Steueraufkommen heuer den Voranschlag nicht nur erreichen, sondern sogar geringfügig überschreiten. Die Einnahmefälle an Lohnsteuer werden durch Mehreinnahmen an gewinnabhängigen Steuern kompensiert. Im Gegensatz zu 1989 werden die Steuereinnahmen deutlich stärker

**Die Steuerquote liegt 1990 trotz leichter Zunahme unter dem langjährigen Durchschnitt.**

als das BIP steigen. Die Steuerquote (Anteil der Steuereinnahmen am BIP) erhöht sich dadurch wieder auf 23,4% (1989 23,0%). Dennoch liegt sie auch 1990 durch die Wirkungen der Steuerreform noch immer unter dem langjährigen Durchschnitt (1980/1988 24,2%).

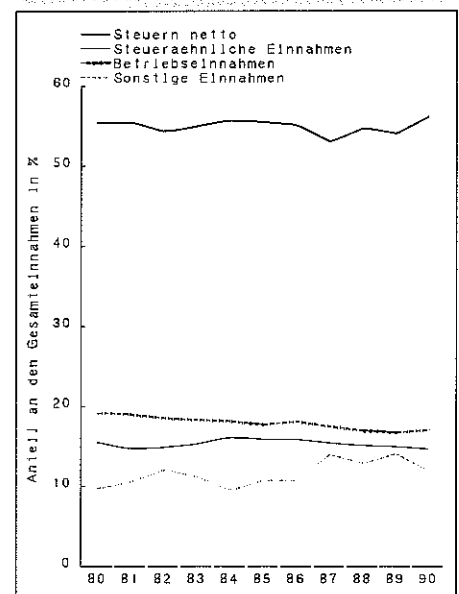
Die Zunahme der Steuerquote ist durch die einkommensabhängigen Steuern bedingt. Die Lohnsteuereinnahmen — die heuer hinter dem Voranschlag zurückbleiben — sind für nächstes Jahr mit 99 Mrd S geschätzt. Das entspricht einer Zuwachsrate von fast 14% im Vergleich zum voraussichtlichen Ergebnis 1989.

Neben der Progressionswirkung werden zeitliche Verlagerungen aus der Steuerreform, die heuer das Aufkommen stärker als erwartet reduzierten, im nächsten Jahr die Ausfälle aus der Steuerreform verringern. Der Anteil der Lohnsteuer am Masseneinkommen wird dadurch 1990 wieder auf 8,9% steigen (1989 8,3%), aber immer noch deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau der achtziger Jahre liegen (9,9%).

Die Einnahmen aus *gewinnabhängigen Steuern* und aus Kapitalertragsteuern sind für 1990 zusammen mit 71,4 Mrd S geschätzt, das bedeutet gegen 1989 einen Zuwachs um 9,5%. Für diesen Zuwachs sind einerseits die Ertragslage, andererseits diskretionäre Maßnahmen im Zuge der Steuerreform maßgebend (Reduzierung der Investitionsrücklage bereits für die Veranlagungen 1988, Anhebung der Vorauszahlungen; ferner wird die neue Kapitalertragsteuer auf Zinsen 1990 erstmals die vollen Erträge bringen, 1989 wird nur eine Vorauszahlung fällig).

Die Einnahmen aus *Steuern vom Aufwand und Verbrauch* werden 1990 auf 215,9 Mrd S geschätzt, um 5,2% mehr, als 1989 voraussichtlich eingenommen wird. Die Umsatzsteuer, die aufkommenstärkste Steuer des öster-

**Einnahmenstruktur** *Abbildung 3*



*Die Steuern sind mit großem Abstand die wichtigste Finanzierungsquelle des Staates. Die Einnahmenstruktur ist langfristig sehr stabil. Nur die sonstigen Einnahmen haben geringfügig zu Lasten der Betriebseinnahmen und der steuerähnlichen Einnahmen an Bedeutung gewonnen.*

**Einnahmen in ökonomischer Gliederung**

**Übersicht 11**

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundesvoranschlag	1989/90 Veränderung in %
Steuern (netto) ..	248,0	256,0	274,1	+ 7,1
Steuerähnliche Einnahmen	68,2	70,8	71,2	+ 0,6
Betriebseinnahmen	76,8	79,3	82,9	+ 4,5
Sonstige	58,4	67,0	57,9	- 13,6
<b>Insgesamt</b>	<b>451,3</b>	<b>473,1</b>	<b>486,1</b>	<b>+ 2,7</b>

reichischen Steuersystems ist mit 153,5 Mrd S veranschlagt, um 6% mehr als heuer. Die Mineralölsteuer und vor allem die Tabaksteuer wachsen deutlich schwächer und dämpfen dadurch die Zuwachsrate. Insgesamt steigen somit die Steuern vom Aufwand und Verbrauch etwas schwächer als das BIP.

Die Steuern vom Vermögen und Vermögensverkehr sowie die Einfuhrabgaben werden im nächsten Jahr ebenfalls deutlich schwächer als das Brutto-Inlandsprodukt steigen. Die Auswirkungen des dritten Abgabenänderungsgesetzes 1987, die 1989 zu hohen Zuwachsraten in der Vermögensteuer und dem Erbschaftssteuer-äquivalent führten, werden 1990 kaum noch zusätzliche Einnahmen bringen. Bei den Einfuhrabgaben werden im nächsten Jahr Zollsenkungen dämpfend auf die Einnahmen wirken.

Von den Brutto-Steuerereinnahmen verbleiben dem Bund 1990 274,1 Mrd S (+7,1%). Der Anteil des Bundes geht im Vergleich zu 1989 wieder zurück. Er liegt im nächsten Jahr bei 65,9% (1989 66,4%). Dieser deutliche Rückgang ist großteils darauf zurückzuführen, daß jener Teil der Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen, der am 20. Dezember an die Finanzämter abgeführt wird,

1989 ganz dem Bund bleibt, weil die Überweisung der Ertragsanteile erst zwei Monate später erfolgt. 1990 erhalten dann Länder und Gemeinden ihre vollen Anteile.

Die *steuerähnlichen Einnahmen* sind für 1990 mit 71,2 Mrd S geschätzt, das wäre um nur 0,6% mehr als 1989. Die etappenweise Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 5,2% auf 4,4% bringt 1990 Einnahmefälle von etwa 3 Mrd S. Der konstante Abgeltungsbetrag an den Familienlastenausgleichsfonds von 9,5 Mrd S dämpft ebenfalls die Zuwachsrate der steuerähnlichen Einnahmen. Dennoch scheint die Steigerungsrate der steuerähnlichen Einnahmen insgesamt etwas unterschätzt, weil der Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds mit der Lohnsumme steigen wird, und auch die Arbeitslosenversicherungsbeiträge hängen von der Lohnsumme ab.

Die Einnahmen der *Bundesbetriebe* sind insgesamt mit 82,9 Mrd S veranschlagt; das bedeutet eine Zunahme um 4,5%. Die einzelnen Betriebe entwickeln sich recht unterschiedlich. Die Post erwartet Einnahmen von 48 Mrd S (+5½%). Die Bahn rechnet hingegen mit nur geringen Zuwächsen. Sie dürften nur etwa 1,5% betra-

gen. Sowohl im Güterverkehr als auch im Personenverkehr wird mit nur bescheidenen Einnahmewachstungen gerechnet. Dazu kommt, daß auch die Einnahmen der Bundesbahn aus Überweisungen aus dem Bundeshaushalt rückläufig sind.

Die *sonstigen Einnahmen* sind mit 57,9 Mrd S präliminiert. Das ist um 13,6% weniger als 1989. Dieser Rückgang ist fast ausschließlich auf die geringeren Veräußerungserlöse zurückzuführen. Sie werden 1990 insgesamt mit 3,4 Mrd S veranschlagt, 1989 waren es vor allem wegen des Verkaufes des Hauptmünzamttes noch mehr als 13 Mrd S. Auch verschiedene andere Einnahmen wie etwa Überweisungen zwischen den Bundesdienststellen bringen 1990 weniger als 1989. Andererseits werden 1990 die Einnahmen aus Besitz und Unternehmung, aber auch die Einnahmen aus Rücklagenauflösungen höher sein als 1989.

**Die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen leisten 1990 im Gegensatz zu 1989 nur einen geringen Beitrag zur Budgetkonsolidierung.**

**Zusammenfassung**

Der Bund setzt 1990 die angestrebte Budgetkonsolidierung fort. Die Verringerung des Defizits wird sowohl durch eine zurückhaltende Ausgabenausweitung als auch durch stärker steigende Einnahmen erreicht. Im Gegensatz zu 1989 leisten die Vermögensveräußerungen nur einen geringen Beitrag zur Budgetkonsolidierung. Der Bundeshaushalt wird 1990 restriktiv wirken. Die Ausgaben für Aufträge werden real eingeschränkt, der Bund dämpft die Nachfrage nach Bauten, die kräftig steigenden Steuereinnahmen lassen erwarten, daß Liquidität entzogen wird. Der Bund dämpft aber nicht nur die Investitionsgüternachfrage, sondern auch den privaten Konsum. Die Ausgaben an die privaten Haushalte werden ebenfalls real eingeschränkt. Die Progressionswirkung der Lohnsteuer schmälert den Zuwachs der verfügbaren Einkommen. Obwohl der Bund seine Inanspruchnahme des Produktionspotentials einschränkt, bleibt die Kapazi-

**Steuereinnahmen**

**Übersicht 12**

**Brutto**

	1988 Erfolg	1989 Schätzung Mrd S	1990 Bundesvoranschlag	1989/90 Veränderung in %
<b>Steuern</b>				
Vom Einkommen ..	159,1	155,5	173,9	+ 11,8
Von Aufwand und Verbrauch	193,6	205,2	215,9	+ 5,2
Von Vermögen und Vermögensverkehr	14,2	15,9	16,7	+ 5,0
Von den Einfuhren	8,3	9,1	9,3	+ 2,2
<b>Insgesamt</b>	<b>375,2</b>	<b>385,7</b>	<b>415,8</b>	<b>+ 7,8</b>
	Anteile in %			
<b>Steuern</b>				
Vom Einkommen ..	42,4	40,3	41,8	
Von Aufwand und Verbrauch	51,6	53,2	51,9	
Von Vermögen und Vermögensverkehr	3,8	4,1	4,0	
Von den Einfuhren	2,2	2,4	2,3	
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	

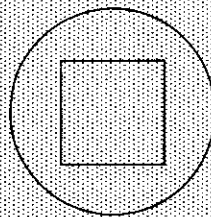


tätsauslastung der österreichischen Wirtschaft auch 1990 hoch

Die Analyse des Voranschlags 1990 zeigt zwar im Hinblick auf die kurzfristigen Effekte ein positives Bild. Die mittelfristigen Probleme dürfen aber nicht übersehen werden. Sowohl die funktionale als auch die ökonomische Gliederung der Ausgaben lassen erkennen, daß der künftige

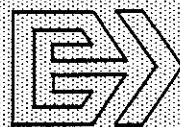
Budgetspielraum enger wird. In einzelnen Bereichen nähert man sich bereits Untergrenzen für die Ausgabeneinsparung. Es wird daher im weiteren Verlauf der Konsolidierung notwendig sein, auch jene Bereiche einzubeziehen, die bisher von Konsolidierungsbemühungen noch nicht erreicht wurden oder zumindest weniger betroffen waren. Ein Vergleich

zwischen der mittelfristigen Budgetprognose des Finanzministeriums und dem Konsolidierungsziel für die Jahre nach 1990 ergibt, daß entlastende Maßnahmen im Ausmaß von 1,5% bis 2% des BIP, also zwischen 30 und 36 Mrd S, in diesem Zeitraum pro Jahr notwendig werden, wenn das angestrebte Konsolidierungsziel erreicht werden soll.



## **Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft**

A-1011 Wien, Am Hof 4, Tel (0222) 531 27-0



**Bevollmächtigte der Republik zur Betreuung der Exportkreditgarantien**  
**Exportfinanzierung • Geldmarktgeschäft**  
**Syndikatsgeschäftsstelle für Anleiheemissionen**  
**Wertpapiersammelbank**  
**Abwicklung des Arrangements an der Wiener Wertpapiersammelbank**